

An den
Landrat des Rhein-Kreises
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung

41460 Neuss

19. August 2014

Änderungsantrag zur Resolution der CDU/FDP zur „Außerkraftsetzung und Abschaffung des Kommunalsoli“ für die Sitzung des Kreisausschusses am 20 August

Sehr geehrter Herr Landrat!

Der Rhein-Kreis Neuss begrüßt die kommunalfreundliche Politik des Landes NRW

Im Hinblick auf die kommunalfreundliche Politik des Landes NRW stellt der Rhein-Kreis Neuss fest, dass er seit 2010 in besonderer Weise mit Landesleistungen unterstützt wurde.

Der Rhein-Kreis Neuss erkennt an, dass das Land NRW die Hauptlast beim „Stärkungspaket Stadtfinanzen“ trägt: € 299 Mio. Soforthilfe in 2010, € 350 Mio. in 2011, danach € 300 Mio. im Jahr. Der Anteil der Kommunen wurde auf € 90,85 Mio. jährlich halbiert.

Es ist auch im Interesse des Rhein-Kreises Neuss, wenn wichtigen Nachbarkommunen wie Mönchengladbach und Leverkusen geholfen wird ihre Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen.

Der Rhein-Kreis Neuss begrüßt, dass Korschenbroich bei seinem Weg aus der Verschuldung Hilfe aus dem Stärkungspakt erhält.

Der Rhein-Kreis Neuss erkennt an, dass mit € 9.731 Mrd. für 2015 die höchste Summe an GFG-Mitteln für die Städte und Gemeinden in NRW zur Verfügung gestellt wird, die es jemals gab.

Die Finanzausgleichsmasse wird ausdrücklich zur Unterstützung der Kommunen und nicht zur Konsolidierung des Landeshaushaltes verwendet

Zum Vergleich: Unter Schwarz/Gelb waren es 2006 lediglich € 5,812 Mrd.

Dormagen erhält 2015 € 11,8 Mio. Zuweisungen vom Land, für Rommerskirchen sind es € 67.000,--

Der Rhein-Kreis Neuss begrüßt, dass das Land den Kommunen die zu Unrecht zuviel gezahlten Kosten des „Aufbau Ost Soli“ (Einheitslastenabrechnungsgesetz – ELAG) aus den Jahren 2007 bis 2011 in Höhe von € 275 Mio. erstattet hat.

Für die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss waren das über € 24 Mio.

Im Einzelnen erhielten Dormagen € 243.280,--, Grevenbroich € 5.800.165,--, Jüchen € 794.453,--, Kaarst € 1.533.760,--, Korschenbroich € 1.175.927,--, Meerbusch 2.432.869,-- und Neuss € 12.132.383,--.

Im Jahr 2015 wird ebenfalls ein Entlastung von über € 130 Mio. stattfinden, von der wiederum die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss profitieren.

Der Rhein-Kreis Neuss unterstützt eine Klage des Landes NRW gegen den Bund, der die Leistungen des Bildungs- und Teilhabegesetz gekürzt und mit den Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende verrechnet hat. Für den Rhein-Kreis Neuss macht dies ca. € 1.549 Mio aus.

Der Rhein-Kreis Neuss begrüßt die „kommunale Entlastung durch Sofort-Hilfe des Bundes“ (Koalitionsvertrag CDU/SPD auf Initiative der NRW-SPD) durch einen höheren Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung nach SGB II (KdU) sowie einen erhöhten Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Davon profitiert der Rhein-Kreis mit € 2,6 Mio., Dormagen mit € 388.000,--, Grevenbroich mit € 431.000, Jüchen mit € 48.000,--, Kaarst mit € 153.000,--, Korschenbroich mit € 114.000,--, Meerbusch mit € 269.000,-- und Neuss mit € 1,665 Mio. und Rommerskirchen mit € 21.000,--. Insgesamt sind das € 5,689 Mio.

Der Rhein-Kreis Neuss wird seine zusätzlichen Einnahmen durch eine Absenkung der Kreisumlage an die Städte und Gemeinden weitergeben und damit Nachteile des „Doppelhaushaltes 2014/2015“ vermeiden.

Der Rhein-Kreis Neuss unterstützt die Landesregierung in ihrer Politik, die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in NRW zu verbessern und dabei insbesondere die Soziallasten zu berücksichtigen, die die Hauptursache der kommunalen Defizite sind.

Der Rhein-Kreis Neuss anerkennt dabei, dass das Land selbst massive Einsparungen vornehmen muss, um die verfassungsrechtliche Schuldenbremse bis 2020 einzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rainer Thiel'.

Rainer Thiel MdL
-Vorsitzender-